

Universität Bayreuth
Kulturwissenschaftliche Fakultät
Fachbereich Soziologie

Dissertationsschrift
zur Erlangung des akademischen Grades
Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Sozialphilosophie und Geldpolitik

bei Friedrich August von Hayek, Walter Eucken,
Joseph Alois Schumpeter, Milton Friedman und John Maynard Keynes

Vorgelegt von

Stephan Balling

Diplom-Volkswirt

Geboren am: 5. Februar 1979 in Nürnberg

Bayreuth / Frankfurt im Juli 2012

Abstract:

Die globale Finanzkrise, die im Frühjahr 2007 begann und im September 2008 durch den Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers eskalierte, begann im vierten Quartal 2008 weltweit auf die Realwirtschaft durchzuschlagen. Die deutsche Bundesregierung rechnete damit, dass im Jahr 2009 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 6 Prozent einbrechen werde – so stark wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Es kam mit einem BIP-Rückgang von 4,9 Prozent dann zwar nicht ganz so schlimm, aber auch diese Rezession war die stärkste seit 1945. Für diese dramatischen Entwicklungen lieferten Ökonomen im Wesentlichen zwei Erklärungsmuster: Die einen gaben den Zentralbanken die Schuld, sie hätten in den zwei Jahrzehnten vor der Krise zu viel Liquidität geschaffen, die dann zu Preisblasen etwa auf dem amerikanischen Immobilienmarkt führte. Andere machten eine zu schlaife Regulierung und die Liberalisierung der Finanzmärkte für die Entwicklungen verantwortlich.

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse entstand die Idee, nicht nur eine technische Analyse durchzuführen um zu erkennen, welches Erklärungsmuster plausibler sei. Stattdessen sollte analysiert werden, wie sich diese diametral widersprechenden Aussagen von Ökonomen ideengeschichtlich erklären lassen. Es erschien nötig, sich ideengeschichtlich mit Sozialphilosophie, der Rolle des Staates in der Wirtschaft sowie dem Wesen des Geldes und des Zinses in den wichtigsten ökonomischen Schriften des 20. Jahrhunderts zu beschäftigen. Dabei sollte es um die Frage gehen, ob bei Ökonomen und Sozialphilosophen zwischen den generellen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen einerseits und den geldpolitischen Vorstellungen andererseits ein Zusammenhang besteht. Diese Frage sollte durch einen Literaturvergleich verschiedener Staats- und Geldtheoretiker geklärt werden, die – bei allen Unterschieden im Detail – für sich das Attribut „liberal“ reklamieren. Die vorliegende Arbeit analysiert folglich die Werke von fünf großen Wirtschafts- und Sozialphilosophen, nämlich von Friedrich August von Hayek als Repräsentant der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, Walter Eucken als Vertreter der Freiburger Schule der Ordnungsökonomik, Joseph A. Schumpeter als Vertreter einer Unternehmertheorie, Milton Friedman als Begründer des Monetarismus und John Maynard Keynes als Vertreter einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik. Dabei wird ein Zusammenhang des Denkens in Bezug auf allgemeine staatsphilosophische Vorstellungen, wirtschaftspolitische Ziele und die Aufgabe sowie den Instrumentenkasten der Geldpolitik hergestellt.

Dabei zeigt sich: Individualistische Vorstellungen über die Gesellschaft gehen mit Präferenzen für eine geringe Tätigkeit des Staates in der Wirtschaft sowie einer weitgehenden, teils sogar völligen Entkopplung der Geldpolitik von politischer Einflussnahme einher. Umgekehrt gehen Vorstellungen, die weniger einem negativen als einem positiven Freiheitsbegriff folgen und dem

wirtschaftlichen Erfolg des Kollektivs den Vorzug vor der Freiheit des Einzelnen geben, mit einer stärkeren Rolle des Staates im wirtschaftlichen Koordinations- und Allokationsprozess einher und fordern zugleich eine aktive Rolle der Geldpolitik bei der Steuerung des wirtschaftlichen Prozesses. Daraus ist wiederum zu schließen: Die Forderung nach einer expansiv ausgerichteten Geldpolitik zur Stimulierung von Konjunktur und Wachstum beruht ideengeschichtlich nicht nur auf technischen Überlegungen zur Effizienz, sondern stammt von einer grundsätzlich kollektivistischer – teils sozialistischer – ausgerichteten Grundüberzeugung. Die Argumentation zum Beispiel für oder gegen eine konjunkturstützende Geldpolitik leitet sich nicht nur aus theoretischen ökonomischen Modellen ab, deren Richtigkeit etwa durch empirische Methoden überprüft werden kann. Sie leitet sich auch aus grundsätzlichen Überzeugungen zum Beispiel über den Wert der individuellen Freiheit oder des Schutzes von Eigentumsrechten ab. In der politischen wie in der wissenschaftlich-ökonomischen Diskussion kommt dieser Aspekt allerdings zu kurz.

	F.A. Hayek	M. Friedman	W. Eucken	J.A. Schumpeter	J.M. Keynes
Freiheitsbegriff	Rein negativ: Freiheit ist Abwesenheit von Zwang	Negativ: Freiheit ist Abwesenheit von Zwang, aber auch von wirtschaftlicher Macht	Negativ: Freiheit ist Abwesenheit von Zwang, aber auch von wirtschaftlicher Macht	Positiv: Politische Freiheit genügt, weil mit dem Demokratieprinzip auch ein großes Stück individueller Freiheit gesichert ist	Relativierung des Freiheitsbegriffs an sich: „ <i>Es ist nicht wahr; daß jedes Individuum eine vorgeschriebene ‚natürliche Freiheit‘ seiner wirtschaftlichen Tätigkeit besitzt.</i> “
Philosophische Grundlage des Denkens	David Hume	John Locke	John Locke	Vielfältig, prägend waren u.a. Max Weber und Gustav Schmoller; keine geistige Verbindung zu Hume oder Locke	George Edward Moore
Erkenntnislehre und Argumentationsstil	Empirismus, Individualismus, Antirationalismus, Evolution	Empirismus, Individualismus	Empirismus, Individualismus	Evolution, Elitär, Unternehmer-theorie	Analytisch, Rationalistisch
Rolle des Staates in der Wirtschaft	Weitgehende Enthaltung, keine progressive Gesamtsteuerbelastung	Weitgehende Enthaltung, vorsichtige Anti-Trust-Politik, keine Progression in der Einkommensteuer	„Liberaler Interventionsstaat“: Politik gegen Monopole, Staat soll Haftungsprinzip durchsetzen, begrenzt progressive Steuerbelastung zur Umverteilung, Mindestlöhne und Mindestpreise werden nicht ausgeschlossen	Weitgehende Enthaltung, damit sich der Kapitalismus entwickeln kann, keine Anti-Trust-Politik; allerdings führen die Erfolge des Kapitalismus zu seinem Untergang, es kommt zum Sozialismus, der durchaus demokratisch sein kann	Skepsis gegenüber dem Kapitalismus: teilweise Plädoyer für staatlich festgelegte Investitionshöhe und halbstaatliche Unternehmen
Dominierendes Element in der Geldordnung	Spontan	Gesellschaftsvertraglich	Gesellschaftsvertraglich / natürlich	Gesellschaftsvertraglich / künstlich	Künstlich
Geldpolitik	Privatisierung des Geldwesens; Ziel: umfassende Stabilität	Keine Zentralbank, strikte Regel, die Geldmenge kontinuierlich zwischen 3 und 5 Prozent wachsen zu lassen, positive Sicht auf 100-Prozent-Mindestreservesätze; Ziel: umfassende Stabilität	Warenreserve-währung, Zentralbank mit Regelbindung; Ziel: Umfassende Stabilität	Betonung der Bedeutung der Kreditschöpfung zur Finanzierung innovativer Unternehmer; Ziel: Wirtschaftliche Entwicklung	Bedeutende Rolle neben der Fiskalpolitik im Rahmen einer Politik, die auf Vollbeschäftigung ausgerichtet ist; Ziel: Vollbeschäftigung